



Erweiterter interministerieller Ausschuss für Integration (Vertreter der Ministerien und der Zivilgesellschaft)

Protokoll der Sitzung vom 2. Oktober 2023, 14.00 - 15.00 Uhr.

Präsenzsitzung

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Einleitung
2. Vorstellung des UNHCR-Berichts « *Consultations relatives à certains aspects du processus d'intégration des personnes bénéficiaires de la protection internationale (BPI) au Luxembourg: l'apprentissage des langues, l'emploi et e logement* » (Konsultationen zu bestimmten Aspekten des Integrationsprozesses von Personen mit internationalem Schutzstatus in Luxemburg: Spracherwerb, Beschäftigung und Unterkunft).
3. Nachrichten im Zusammenhang mit dem interkulturellen Zusammenleben
4. Verschiedenes

Anwesend :

Représentants ministériels et représentants de la société civile : Frau Anita Helpiquet (CLAE), Frau Lena Hartz (ASTI), Herr Sérgio Ferreira (ASTI), Frau Nonna Sehovic (Caritas), Herr Marc Josse (Croix-Rouge luxembourgeoise), Frau Véronique de Ryckere (UNHCR), Frau Carine Rustom (UNHCR), Frau Stéphanie Rapin (consultante UNHCR), Herr Driss Moussaïd (ONA), Herr Jean-Claude Milmeister (MESR), Frau Joëlle Gilles (MJ), Frau Elisabeth Reisen (MENEJ), Frau Nadine Erpelding (MC), Herr Christopher Witry (MEGA), Herr Ben Max (MDIG), Frau Cathrin Nordmo (MLOG), Herr Laurent Solazzi (MECO), Herr Alain Bliss (MAEE)

MIFA : Frau Anne Daems, Herr Christian Bintener, Frau Conny Heuertz, Frau Gesa Schulte, Frau Anna Kirsch

Entschuldigt:

Herr Munir Ramdedovic (CNE), Frau Anne-Catherine Lorrang (MFP), Frau Aurélie Spigarelli (MFP), Frau Mariza Guerreiro Victoria (MINT), Herr Laurent Peusch (ADEM), Frau Stéphanie Voll (MSAN), Herr Claude Tremont (MTEESS), Herr Marc Konsbruck (MIFA)

1. Begrüßung und Einleitung

Anne Daems, die am 1. Juli 2023 die Verantwortung für die Abteilung für Integration von Jacques Brosius übernommen hat, begrüßte alle Teilnehmer-innen und dankte ihnen für ihr Erscheinen.

Der erweiterte interministerielle Ausschuss befasste sich mit den auf der Tagesordnung vorgesehenen Themen.



2. Vorstellung des Berichts « Consultations relatives à certains aspects du processus d'intégration des personnes bénéficiaires de la protection internationale (BPI) au Luxembourg: l'apprentissage des langues, l'emploi et le logement » (Beratungen zu bestimmten Aspekten des Integrationsprozesses von Personen mit internationalem Schutzstatus in Luxemburg: Spracherwerb, Beschäftigung und Unterkunft) durch Frau Stéphanie Rapin für den UNHCR)

Anne Daems stellte Véronique de Ryckere, Leiterin der Unité de protection des UNHCR Belgien und Luxemburg, Carine Rustom, Mitarbeiterin des UNHCR, und Stéphanie Rapin, externe Beraterin, vor.

Véronique de Ryckere begann die Präsentation mit einem Dank an die Akteure, die zur Studie [« Consultations relatives à certains aspects du processus d'intégration des personnes bénéficiaires de la protection internationale \(BPI\) au Luxembourg: l'apprentissage des langues, l'emploi et le logement »](#) (Beratungen zu bestimmten Aspekten des Integrationsprozesses von Personen mit internationalem Schutzstatus in Luxemburg: Spracherwerb, Beschäftigung und Unterkunft) beigetragen haben. Das Hauptziel der Studie war es, **die Stimmen von Personen mit internationalem Schutzstatus (BPI) zu hören, um ihre Erfahrungen in Luxemburg besser zu verstehen.**

Stéphanie Rapin, die mit der Durchführung der Studie beauftragte Beraterin, stellte darauffolgend die angewandte **Methodik** vor. Nach einer **Analyse der vorhandenen Dokumentation** wurden zwischen 2021 und 2022 **Interviews mit 39 BPI-Personen oder ehemaligen BPI-Personen** (die jetzt Luxemburger geworden sind) geführt. Die Teilnehmer waren zwischen 20 und 50 Jahre alt und stammten u.a. aus Afghanistan, Syrien, Eritrea und dem Irak. Die Teilnahme an der Studie war freiwillig und die Teilnehmer wurden vorab über die Teilnahmebedingungen und die Verarbeitung der gesammelten Daten informiert. Es wurden auch Interviews mit Vertretern von **staatlichen Institutionen und von sozialen Vereinen geführt**, die im Bereich der Integration von BPI-Personen tätig sind.

Die Studie hebt hervor, dass sich **BPI-Personen auf alle drei Dimensionen der Integration beziehen: die wirtschaftliche, die rechtliche und die kulturelle.** Viele Menschen betonten, wie wichtig es sei, die Gesetze und die Kultur des Landes zu kennen, um dort wie alle anderen leben zu können und vor dem Gesetz gleichberechtigt zu sein. Viele brachten ihre **Dankbarkeit** gegenüber den Menschen zum Ausdruck, die sie auf ihrem Weg der Integration begleiten. Gleichzeitig besteht aber auch das **Gefühl, durch die verschiedenen Akteure instrumentalisiert zu werden.**

Der **Aufnahmeprozess** ist in den Augen der BPI-Personen sehr wichtig für die Integration. Viele Personen berichten, dass sie während dieses Prozesses auf Schwierigkeiten gestoßen sind und nennen **lange Wartezeiten, Arbeitsverbote** usw. als Gründe. Die Instrumente, die zur Erleichterung des Prozesses entwickelt wurden, sind nicht jedem bekannt. **Nur sehr wenige Menschen sind mit dem Aufnahme- und Integrationsvertrag (CAI) vertraut**, und diejenigen, die von ihm wissen, verstehen oft nicht, welches Potenzial er bietet. Es gibt nur wenige Rückmeldungen zum begleitenden Integrationsparcours (Parcours d'intégration accompagné PIA), aber es gibt Anzeichen dafür, dass weder Form noch Inhalt angemessen sind und Übersetzungen nicht systematisch durchgeführt werden.



BPI-Personen betonten, dass **Kommunikationsprobleme im Zusammenhang mit der Beherrschung von Sprachen** die Probleme im Alltag verstärken, auch wenn es darum geht, die eigenen Fähigkeiten auf dem Arbeitsmarkt zu präsentieren. Der kostenlose Zugang zu Sprachkursen und -übungen ist positiv, aber es gibt einen Mangel an Angeboten für Intensivkurse und nicht genügend Dolmetscherdienste. Darüber hinaus werden die **angebotenen Lernmethoden als nicht ausreichend auf die Bedürfnisse von BPI-Personen zugeschnitten** angesehen. Des Weiteren kann der Zugang zu diesen Lernangeboten aufgrund von fehlender Kinderbetreuung und Distanz für Personen, die in Wohnheimen leben, problematisch sein. Die Empfehlungen der Studie in diesem Bereich umfassen:

- Das Dolmetscherangebots für Vorgänge im Zusammenhang mit Integration erweitern
- Der individuellen Begleitung beim Spracherwerb einen zentralen Stellenwert geben
- Das Spektrum der Sprachlernmethoden erweitern
- Die Teilnahme aller Personen an Sprachkursen ermöglichen und fördern, z. B. durch die Erleichterung eines kostenlosen Zugangs zu geeigneten Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

Auf die Frage nach dem Verlauf ihrer **Integration in den Arbeitsmarkt** äußerten die Studienteilnehmer ihre Frustration darüber, dass sie in den ersten Monaten nach der Beantragung des Schutzes nicht arbeiten dürfen. **Sprachanforderungen** sind die größten Beschäftigungshindernisse und schränken auch den Zugang zu den **vom ADEM angebotenen Dienstleistungen** ein. **Der Zugang zu reglementierten Berufen ist nach wie vor problematisch**. Häufig wird Erfahrung in Europa verlangt, aber das Recht, ein Praktikum zu absolvieren, wird den DPIs (Antragsteller auf internationalen Schutz) verweigert. Zudem beschwerten sich viele BPIs über den **Mangel an Wissen und Orientierung über den Arbeitsmarkt in Luxemburg** und wünschen sich, dass ADEM und ONIS mehr tun, um ihnen zu helfen. Angesichts der Schwierigkeit einen Arbeitsplatz zu finden, ziehen einige Menschen eine unternehmerische Tätigkeit in Betracht. **Der Zugang zu einem geschäftlichen Bankkonto bleibt jedoch kompliziert**. Auch die Wiederaufnahme eines Studiums wird von einigen Personen angedacht, scheitert jedoch häufig aus finanziellen oder sprachlichen Gründen. Die Empfehlungen der Studie in diesem Bereich umfassen:

- Den Zugang zum Arbeitsmarkt so früh wie möglich erleichtern und die Genehmigung zur vorübergehenden Beschäftigung zugänglicher und flexibler gestalten
- Den DPIs die Erlaubnis erteilen, Berufspraktika zu absolvieren
- Allen BPIs den Zugang zu allen vom ADEM angebotenen Dienstleistungen ermöglichen
- Klarheit in Bezug auf die Zentralbankrichtlinien schaffen, die den Zugang von BPIs zu Geschäftsbankkonten betreffen
- Vertiefung der Studie über [Rassismus und ethnisch-rassische Diskriminierung in Luxemburg](#) in Bezug auf BPIs

Im Bereich **Wohnen** sind BPI-Personen mit der äußerst komplexen Immobiliensituation in Luxemburg konfrontiert. **Aufgrund der mangelnden Verfügbarkeit kostengünstiger Lösungen**, ist es für viele BPI-Personen sehr schwierig, aus den Wohnheimen auszuziehen. Die administrativen Hürden für **vorübergehende Lösungen** (z.B. von der Gemeinde bereitgestellte Wohnungen) sind hoch und sobald sie gesichert sind, läuft ihre Frist ab. **Die Betreuung von BPI-Personen ist je nach Heim und individueller**



Situation uneinheitlich, und insbesondere Alleinerziehende Eltern haben Schwierigkeiten eine geeignete Unterkunft zu finden. Die Lage wird durch **Stereotypen und das mangelnde Verständnis der Immobilienbranche für die spezifischen Umstände von BPI-Personen** zusätzlich verschärft. Die Empfehlungen der Studie in diesem Bereich umfassen:

- Die soziale Betreuung für die Wohnungssuche in den Wohnheimen verstärken
- Sicherstellen, dass allen BPI-Personen die gleichen Dienstleistungen zur Verfügung stehen
- Fortführung und Verlängerung der Laufzeit von sozialen Mietverträgen
- Mit dem Privatsektor Möglichkeiten ausarbeiten, Wohn- und Arbeitsangebote zu kombinieren
- BPI-Personen in dem Bereich der Studie über Rassismus und Rassendiskriminierung einbeziehen

Véronique de Ryckere schloss die Präsentation des UNHCR mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Empfehlungen aus der Studie ab: **eine bessere Koordination bei der Orientierung und Unterstützung von BPI-Personen, die auf die Bedürfnisse der jeweiligen Person zugeschnitten ist, ein besonderes Augenmerk auf den Spracherwerb und die Einbeziehung von BPIs in die Planung und Durchführung der ihnen angebotenen Dienstleistungen.**

Sylvain Besch (CEFIS) fragte, **wo die Teilnehmer-innen der Studie untergebracht seien**. Stéphanie Rapin antwortete, dass sie zum Zeitpunkt der Studie entweder in Wohnheimen, in Privatwohnungen oder in Wohnungen, die von der sozialen Mietverwaltung zur Verfügung gestellt wurden, lebten.

Nadine Erpelding (MC) wollte wissen, ob **auch Personen mit besonderen Bedürfnissen** an der Studie teilgenommen haben. Diese Frage wurde mit Nein beantwortet.

Jean-Claude Milmeister (MESR) fragte, **nach welchen Kriterien die BPI-Personen für die Teilnahme an der Studie ausgewählt wurden**. Stéphanie Rapin (UNHCR) antwortete, dass der UNHCR mit Organisationen, die in diesem Bereich tätig sind, zusammengearbeitet habe, um Personen zu finden, die an einer Teilnahme an der Befragung interessiert seien. Es gab keine Kriterien für die Teilnahme in Bezug auf den Bildungsgrad.

Anita Helpiquet (CLAE) wollte wissen, warum die Stichprobe der Teilnehmer-innen an der Studie nur vier Nationalitäten umfasste. Stéphanie Rapin antwortete, dass sie mehr enthielt, die Gruppen jedoch so klein waren, dass die Anonymität gefährdet sein könnte, wenn sie erwähnt würden.

Sérgio Ferreira (ASTI) begrüßte die Tatsache, dass die vorgelegte Studie einige der Punkte bestätige, die das *Lëtzebuurger Flüchtlingsrot* (LFR) und die Vereinigungen vor Ort seit vielen Jahren ansprechen.

Marc Josse (CRL) bestätigte den Eindruck des UNHCR-Berichts, dass die staatlichen und gemeinnützigen Angebote zur Unterstützung von BPI-Personen zersplittert seien, und **betonte die Bedeutung einer möglichen Koordinierungsstelle**, die umfassende Integrationspolitiken entwerfen könne. Darüber hinaus stimmte Marc Josse zu, dass eine **persönliche Begleitung bei der beruflichen Orientierung**



wichtig sei, und fragte sich, ob dies bereits bei DPI-Personen möglich wäre. Für die UNHCR **sollte die Berufsorientierung so früh wie möglich stattfinden**. Denn eine kürzlich von der Weltbank in der Schweiz durchgeführte Studie weist auf die negativen Auswirkungen einer späten Integration hin. Die Aufrechterhaltung der Autonomie der DPI-Personen ist vorteilhaft, selbst wenn sie in ihr Herkunftsland zurückkehren.

Nonna Sehovic (Caritas) wollte wissen, **ob ähnliche Studien in anderen Ländern durchgeführt wurden**. Sie bestätigte die Tatsache, dass viele BPI-Personen sich als Unternehmer betätigen wollen, aber schnell mit der Tatsache konfrontiert werden, dass sie die Verfahren nicht kennen. Es wäre interessant zu wissen, ob es in anderen Ländern bewährte Verfahren in Bezug auf Entrepreneurship gibt. Stéphanie Rapin sagte, dass ihr keine Studien über Unternehmertum bekannt seien, bot aber an, sich diesbezüglich zu erkundigen.

Alain Bliss (MAEE) relativierte die **ADEM-Statistiken zur beruflichen Eingliederung von Personen mit temporärem internationalem Schutzstatus (bénéficiaires de protection temporaire BPT in Frage)**, da diese Zahlen nur die Quote der bei der ADEM registrierten Personen darstellen, nicht aber die der Personen, die aus eigener Kraft einen Arbeitsplatz gefunden haben.

Sylvain Besch (CEFIS) stellte fest, dass in den letzten fünf Jahren viele Personen den BPI-Status erhalten haben und nun ihre Familien nachziehen können. Es wäre interessant, eine quantitative Studie durchzuführen (ergänzend zu der heute vorgestellten, vollständig qualitativen Studie), um zu sehen, wie sich die Situation der BPI-Personen mit der in Luxemburg verbrachten Zeit verändert. Man könnte **die Studie auch auf Personen mit temporärem Schutz (BPT) ausweiten**.

3. Aktuelles in Bezug auf das interkulturelle Zusammenleben

Anne Daems berichtete über aktuelle Projekte der Abteilung für Integration:

- Am 9. Mai veröffentlichten die Abteilung für Integration und das Generalsekretariat des MAEE einen **Aufruf zur Einreichung von Projekten im Rahmen der Umsetzung des Europäischen Fonds für Asyl, Migration und Integration (AMIF)**. Die Frist für die Einreichung des Antrags der Projektfinanzierung war am 8. September. Nun wurden die Projekte analysiert und die vorausgewählten Projekte werden in den kommenden Wochen einem Auswahlkomitee vorgelegt. Ausgewählte Projekte werden zwischen dem 1. Januar 2024 und dem 31. Dezember 2025 durchgeführt.
- Am 4. Mai und am 24. Juli 2023 wurden **den ersten Gemeinden ihre personalisierten „Bürgerleitfäden“ offiziell überreicht. Insgesamt wurden bislang 16 Leitfäden fertiggestellt und 10 weitere befinden sich in der Endphase der Fertigstellung**. Es wurde in alphabetischer Reihenfolge und nach Interessenbekundung vorgegangen.
- Am 25. September 2024 veranstaltete das Ministerium für Familie, Integration und Großregion **einen Informationsvormittag für neu gewählte Gemeindevertreter** und Gemeindeangestellte, um die verschiedenen Arbeitsbereiche des Ministeriums vorzustellen. Der bei dieser Informationsveranstaltung vorgestellte Inhalt wurde über das Rundschreiben [circulaire n°2023-126](#) an die Gemeinden weitergegeben.



- Im Hinblick auf die Erstellung eines **Aktionsplans gegen Rassismus und rassistische Diskriminierung (NAP Antirassismus)** fanden Konsultationen in drei Hauptbereichen statt, nämlich Bildung, Wohnen und Arbeit. Der NAP Antirassismus wird derzeit erarbeitet und wird höchstwahrscheinlich die folgenden Aktionsbereiche umfassen: Bildung; Beschäftigung und Arbeit; Wohnen; Kommunikation und Sensibilisierung; Statistik; Monitoring und Evaluierung. Die Grundzüge des NAP zur Bekämpfung von Rassismus werden dem Ausschuss im Dezember vorgelegt.
- Im Rahmen der **nationalen Wohnungsbawoche vom 5. bis 8. Oktober** wird die Abteilung für Integration einen **Stand unter dem Motto „Wohnen ohne Rassismus“** organisieren. Der Stand wird abwechselnd von den folgenden Organisationen betreut: Centre pour l'égalité de traitement (CET); Mieterschutz Lëtzebuerg asbl; One People asbl; Lëtz Rise Up asbl; PADEM; ALDIC.
- Im Hinblick auf **die Europawahlen im Juni 2024** wird die **Kampagne « je peux voter »**, die für die Kommunalwahlen eingeführt wurde, derzeit angepasst und Anfang 2024 wieder aufgenommen. Die Frist für die Registrierung von nicht-luxemburgischen EU-Bürgern ist im April. Mit der Kampagne wird auch die **von CEFIS angebotene Multiplikatoren Ausbildung** Anfang 2024 neu gestartet.

Ben Max (MDIG) informierte den Ausschuss darüber, dass im Mai 2023 die **Studie [Inclusion numérique. Identification des facteurs à l'origine de la fracture numérique](#)** veröffentlicht wurde. Die Studie, die vom Ministerium für Digitalisierung in Auftrag gegeben wurde, wurde vom Luxembourg Institute of Socio-Economic Research (LISER) durchgeführt.

Sérgio Ferreira (ASTI) fragte, ob dies die letzte Sitzung gewesen sei, angesichts der Tatsache, dass der Ausschuss mit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes über das interkulturelle Zusammenleben am 1. Januar 2024 durch den **Obersten Rat für das interkulturelle Zusammenleben** ersetzt wird. **Anne Daems** (MIFA) antwortet, dass eine nächste Sitzung des Ausschusses für Ende des Jahres geplant sei.

4. Weiteres

Auf dieser Sitzung des erweiterten Vorstands wurden keine weiteren Punkte angesprochen.